

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft, Leipzig, Postfach 1010.

Druck: Auer-Druckerei, Leipzig, Postfach 1010.

Erzgebirgische Zeitungsgesellschaft. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1010. Leipzig, den 22. Juli 1925. 20. Jahrgang

Die Note überreicht. Frankreich verhandlungsbereit.

London, 20. Juli. Der deutsche Botschafter Schamerlachs gestern nachmittag dem britischen Außenminister Austen Chamberlain auf und besprach mit ihm den Sicherheitspakt.

Rom, 20. Juli. Der deutsche Botschafter überreichte heute Mussolini die deutsche Antwort auf die französische Note vom 16. Juni wegen des Sicherheitspaktes.

Paris, 20. Juli. Der deutsche Botschafter, Herr von Goesch, hatte heute nachmittag um fünf Uhr eine einstündige Unterredung mit dem Außenminister Briand, in deren Verlauf er dem Minister die Antwort der deutschen Regierung auf die französische Note in der Sicherheitsfrage ausbandigte und den Inhalt der Antwort des näheren erläuterte.

Briand erklärte nach dem Ministerrat, daß die deutsche Antwort zu gleicher Zeit in Berlin und den alliierten Hauptstädten veröffentlicht werden würde, sobald die verbündeten Regierungen sie kennen gelernt hätten.

Das Berliner Tageblatt schreibt hierzu: Der „Temps“ stellt fest, daß mit der Uebergabe der deutschen Antwort an Briand „der Weg zu Verhandlungen über den Vertrag von Versailles offen ist“. Dieses Zugeständnis bedeutet immerhin einen Schritt, denn die Zeit ist noch nicht fern, in der die französische Presse vom Schicksal des „Temps“ überhaupt nichts von Verhandlungen wissen wollte. Damals wurde verlangt, daß die Vorschläge Briands angenommen oder abgelehnt werden sollten, eine Auffassung, die, nebenbei bemerkt, zu keiner Zeit die Ansicht der französischen Regierung gewesen ist. Heute gibt also der „Temps“ zu, daß verhandelt werden müsse und daß die oft genug in dem gleichen Blatt ausgesprochene Vermutung, Deutschland wolle überhaupt keine Verhandlungen, ein Irrtum war. Die Betrachtungen über die politischen und psychologischen Gründe, welche die Haltung der Reichsregierung beeinflussen haben, sind unwichtig. Ueber die Vorgeschichte der deutschen Antwortnote weiß man in Berlin besser Bescheid als in den Pariser Redaktionen. Ueberraschungen werden von der Note nicht erwartet. „Temps“ wird vor der genauen Kenntnis des Textes auf jede neue Hypothese verzichten. Es wird aber bereits die Position vorbereitet, welche die nationalistische Presse bei der bevorstehenden Diskussion voraussichtlich einnehmen soll: der Vergleich der Antwort mit dem deutschen Vorschlag vom 9. Februar und der französischen Note vom

16. Juni. Dieser Vergleich fällt im „Temps“ natürlich völlig zum Vorteil der französischen Note aus, welche „für kein Mißverständnis Raum ließ“, während der deutsche Vorschlag „zu den gefährlichsten diplomatischen Manövern“ die Möglichkeit gab. In dieser Hinsicht mag daran erinnert werden, daß nach der Veröffentlichung der Briand-Note die Meinung vieler französischer Blätter ganz anders war. Die herbe Kritik, die Courant im „Journal de Debats“ an dem französischen Dokument übte, ist noch nicht vergessen, die Ausdrücke „Unklarheit“ und „Verwirrung“ waren noch die schlimmsten Worte dieser Kritik. Ueber die deutschen Vorschläge aber schrieb zu der gleichen Zeit Lucien Le Foyer: „Wer kann ohne Bewegung den deutschen Vorschlag vom 9. Februar lesen? Das ist kein Dokument des Krieges, das ist ein Programm des Friedens. Wenn Deutschland freiwillig und offiziell ein solches Memorandum in die Welt schickt, dann ist der moralische Sieg gesichert. Denn der Sieg der Moral ist der einzig neue Gedanke in dem Gehirn der Menschen. Diese Initiative des Reiches ist wichtiger als die erzwungene Unterschrift unter dem Vertrag von Versailles.“ („Le Nouvelliste“ vom 22. Juni.)

Ueber die deutsche Note veröffentlicht die Agence Havas folgende Auslassung: Die Note ist in sehr vorsichtigen Wendungen abgefaßt, und ihre Beweisführung folgt im allgemeinen den Linien der französischen Note. Das bedeutet in klarer Weise die Eröffnung von Verhandlungen. Die deutsche Regierung äußert gewisse Vorbehalte, namentlich hinsichtlich der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und der sich daraus für Deutschland auf Grund des Artikels 16 des Statutes ergebenden Verpflichtungen, aber das sind gerade die Punkte, die man erörtern muß, und die ohne Zweifel bei Verhandlungen geklärt werden können. Die Note der Reichsregierung liefert den Beweis dafür, daß der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu gelangen, was in Paris günstig aufgenommen würde. Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärte auch nicht, daß es besser wäre, eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen, um die Erörterungen fortzusetzen. Ein Meinungsaustausch zwischen den Regierungen scheint geeignet zu sein, eine gewisse Klärung über die Art und Ausdehnung der Verpflichtungen herbeizuführen, welche diese eventuell bei der Unterzeichnung des gegenwärtigen Sicherheitspaktes übernehmen müssen, namentlich was das Schiedsgerichtsverfahren im Falle eines Konfliktes anbetrifft. Ueberhaupt wolle Außenminister Briand auf diese Weise die Verhandlungen fortsetzen. Man hoffe, daß die französische Antwort auf die deutsche Note in etwa 14 Tagen fertiggestellt sein könne.

England und die deutsche Antwortnote.

London, 20. Juli. „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel: Das wesentlichste Merkmal in der deutschen Antwort auf Briands Note zur Sicherheitsfrage wird der Vorschlag einer baldigen Konferenz sein, um alle im deutschen Vorkriegsvertrag enthaltenen Probleme zu behandeln. Es verleiht, daß Downingstreet dieses Verfahren begrüßt, als den zuverlässigsten Weg, um zu einer Einigung mit Deutschland zu gelangen. Wenn Frankreich sich dieser Anschauung anschließen würde, so könnten die Verhandlungen über den Pakt in einigen Wochen beginnen. Unter diesen Umständen ist, meint das Blatt, die Zeit gekommen, wo Chamberlain noch weitere Ausführungen über den Weg, den die Weiterverfolgung des deutschen Angebotes eröffnet, geben sollte. Chamberlain hat noch nicht gesagt, wie die allgemeine Abrüstung auszuformen kommen solle und wie seine Ansicht über die baldige Räumung Kölns sei. Dabei ist es äußerst wichtig, daß Deutschland Ausfluß auf eine baldige Räumung geboten wird, wenn es überredet werden soll, seine Aufnahme in den Völkerbund nachzusuchen. Unbestimmte Zusagen betreffend die Möglichkeit der Räumung Kölns innerhalb zwei Monaten, sollte die deutsche Regierung bei der Erfüllung der Abrüstungsforderungen Aufschichtigkeit zeigen würden die deutsche Öffentlichkeit, von der die Entscheidung der deutschen Regierung letzten Endes abhängt, keineswegs befriedigen. Die britische Regierung muß mit der französischen eine klare Einigung über den Zeitpunkt treffen, an dem Köln geräumt werden könne, bevor die Konferenz eröffnet werde. Trotz der vielgebrachten Uebereinstimmung Chamberlains und Briands seit Gens scheint die französische Politik, wie sie amtlich dargelegt wird, in wichtigen Beziehungen vom britischen Standpunkt abzuweichen. Jede Gefahr einer französischen Sonderaktion gegenüber Deutschland muß beseitigt werden, und trotzdem scheint Chamberlain in seinen letzten Note an Briand in Gens der Forderung zugestimmt zu haben, daß Frankreich gestattet wird, als einziger Schiedsrichter im Falle eines deutschen Verzuges in die entmilitarisierte Zone einzudringen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Deutschland scheint zu versuchen, die Frage seiner eigenen Abrüstung und die einer allgemeinen Abrüstungsverminderung miteinander zu verbinden. Es wird allgemein angenommen, daß die deutsche Note zu einem und einem vielleicht langwierigen Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Brüssel führen wird, bevor der nächste Schritt unternommen werden kann. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund in den nächsten Monaten und die Einberufung irgend einer allgemeinen internationalen Konferenz von Oktober scheint jetzt sehr unwahrscheinlich.

„Times“ bemerkt dagegen: Die deutsche Antwort an Frankreich ist so verfaßt, daß sie, wie angenommen wird, die Fortsetzung der Verhandlungen mit einer Aussicht auf endgültige Vereinbarungen ermöglichen wird. „Times“ erinnert daran, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als ein wichtiges Mittel zur Befriedigung der befristenden Wirkung eines Sicherheitspaktes vorgezogen sei, und schließt, es bestehe einige Hoffnung, daß die Verhandlungen genügend schnell fortschreiten würden, um die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund vor die Septembersession der Völkerbundversammlung in Genf zu bringen.

Wilson Garths, der letzte Woche einige Tage in Berlin zubrachte, um die Haltung Deutschlands zu der Sicherheitsfrage sowie zu der Frage seines Eintrittes in den Völkerbund zu untersuchen, schreibt in „Daily News“: Ich bin überrascht und enttäuscht durch die Feststellung, ein wie ernstes Hindernis der Artikel 16 des Völkerbundesvertrag weiter zu bedeuten scheint. Davon, daß Deutschland unter besonderen Bedingungen in den Völkerbund eintritt, kann keine Rede sein. Es muß jedoch erzwungen werden, es nicht irgendeine allgemeine Formel angenommen werden könnte und zwar rechtzeitig, die das Hindernis zwar nicht ganz beseitigen, aber es genügend überwinden würde, um Artikel 16 zu gestatten, es zu überwinden. Die in Artikel 16 aufgestellten Bedingungen sind für den Völkerbund wesentlich, aber die einzelnen Bestimmungen dieses Artikels keineswegs so stark. Zugabenerweise ist niemand unter den Staatsmännern mit der augenblicklichen Gehalt des Artikels zufrieden. Die Staatsmänner wähten eine Formel finden können, die die Einwände Deutschlands beseitigt, ohne den Wert des Artikels selbst zu beeinträchtigen. Ueber die Zeit ist kurz und eine persönliche Erklärung wäre notwendig. Wenn Chamberlain, Briand und Stresemann irgendwo im August für einige Tage zusammenkommen könnten, so würden sie vielleicht in der Lage sein, ein Stück Arbeit zu leisten, das ihnen die Welt für ewige Zeiten zum Schuldner machen würde.

Westfalen ist frei.

Münster, 20. Juli. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen richtet aus Anlaß des Abmarsches der Besetzungstruppen folgende Rundgebung an die Bevölkerung von Westfalen:

Am 21. Juli ist Westfalen frei. Mehr als 2 1/2 Jahre hat der Druck fremder Besetzung auf dem Ruhrgebiet gelastet. In dieser schweren Zeit hat die Bevölkerung, haben die Behörden mit ihren Beamten ein musterhaftes Verhalten an den Tag gelegt und erhebliche Beweise ihrer Liebe zur Heimat und zum deutschen Vaterlande geliefert. Dafür gebührt ihnen der wärmste Dank. Noch ist es nicht an der Zeit, dem Gefühl der Befreiung von schwerer Last laut Ausdruck zu geben. Wir müssen eingedenk sein, daß noch Teile unserer Schmelzproving mit dem gleichen Anspruch ihrer Befreiung harren. Wir ist es jedoch ein Bedürfnis, dem geräumten Gebiet an diesem Befreiungstage ein herzliches Glückwunsch zuzurufen. In Vertretung des beurlaubten Oberpräsidenten gez. Weber, Vizepräsident des Oberpräsidentiums.

Gestern früh 7,30 ist Bochum von der französischen Besatzung vollständig geräumt worden.

Nachdem schon am Sonntag ein großer Teil der Besetzungstruppen Witten verlassen hatte, ist gestern der Rest der Truppen abgezogen.

Zwischenfall in Bochum.

Gestern abend kam es vor dem Bahnhofshotel, dessen Besitzer entgegen der Anordnung der Stadtverwaltung, daß Bochum erst ab 12 Uhr besatzungsfrei sei, schon um 9 Uhr eine schwarz-weiß-rote Fahne herausgehängt hatte, zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei mußte die Menge mit blanker Waffe zerstreuen.

Zehn Millionen Kredit für das besetzte Gebiet.

Auf Grund von Verhandlungen, die im Reichswirtschaftsministerium mit den Beteiligten stattgefunden haben, werden dem besetzten Gebiete aus Reichsgeldern 10 Millionen Reichsmark Kredite zur Reubelebung und Förderung der handwerklichen und kleinindustriellen Produktionen sowie auch des Einzelhandels zur Verfügung gestellt. Die Postschekbank wird von der Preussischen Staatsbank im Wege des Diskontokredits zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, der Dresdner Bank, (Genossenschaftsbank), sowie der Deutschen Girozentrale zunächst auf 6 Monate überwiesen. Die Zinsspanne zwischen der Preussischen Staatsbank und dem letzten Kreditnehmer darf nicht mehr als 8 Prozent betragen. Die Kredite dürfen nur auf geschäftlicher Grundlage insbesondere nur an kreditwürdigen Personen gegeben werden. Es sollen Darlehen auch grundsätzlich nur gegen Wechsel gewährt werden.

Keine deutsche Auslandsanleihe.

Zu der vom Echo de Paris gebrachten Mitteilung über eine geplante deutsche Anleihe, wird den Vätern mitgeteilt, daß deutschseits an eine größere Auslandsanleihe im Augenblick nicht gedacht wird.

Erfolg der Linksparteien bei den Generalkratswahlen.

Paris, 20. Juli. Dem heute mittag vorliegenden Ergebnis der Generalkratswahlen entnimmt Havas, daß die Linksparteien 80 Sitze gewonnen haben. Davon entfallen auf die Radikalen 40, die Radikalsocialisten 39, auf die republikanischen Sozialisten 2 und die Sozialisten 19. An dem Verlust der übrigen Parteien sind die Konservern mit 6, die Liberalen mit 42, die Linkrepublikaner mit 28 und die Kommunisten mit 4 Sitzen beteiligt.

Ruhe in Lissabon.

Paris, 20. Juli. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Lissabon herrscht dort vollkommene Ruhe. Die Opfer des Militärputsches betragen 3 Tote und 15 Verwundete.

Leipzig, 1925. 7,28 Miete, 7,14 Miete, 6,90 Miete, 6,89 Miete, 6,78 Miete, 8,60 Miete, 8,50 Miete, 8,50 Miete, 8,40 Miete, 8,40 Miete, 41,90 Miete, 41,85 Miete, 40,87 Miete, 39,78 Miete, 38,89 Miete, 58,89 Miete, 58,87 Miete, 58,80 Miete, 54,60 Miete, 54,55 Miete, 19,92 Miete, 19,98 Miete, 19,95 Miete, 12,90 Miete, 12,84 Miete, 42,7 Sel, 43,1 Sel, 43,2 Sel, 43,4 Sel, 43,6 Sel, 8,00, 8,13, 8,15, 8,15, 8,16, 2,01, 2,02, 2,02, 2,02, 2,02, 2,02, Kohlenlauree und erhöht, ronald Dolle, in schöner, (wunderbar) in der überaus, Haus, für, pure Mittel, 3 Unterbesatz, auf die, die, früher, man, seit, denn, Du, und ging, auf, nahm, schreiblich, froh und, mer sah er, schmeigte, und begann, brauchen, durch das, da hörte, ihr Verh., mußte, er, in Fildes, bend mit, n fungen, setzt, den, te, den, neuen, nge Disi-, und war, ei ihnen., Schöffene., f. Dies, tete feine, abet Hog, ein He-